

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Preis monatlich 2,- RM. für Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zusätzlich. Einzelnummern 10 Pf. Alle Anzeigen, welche in den ersten 10 Tagen nach dem Erscheinen des Blattes eingelegt werden, werden zu einem besonderen, billigeren Satz berechnet. Die Redaktion ist für die Rücksendung von Briefen nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Rücksendung von Briefen nicht verantwortlich.



Anzeigenpreise laut anliegenden Tarif Nr. 4. — Nachweisungs- und Nachdruckgebühren werden nach Umständen ermäßigt. — Anzeigen für die Wilsdruffer Zeitung werden zu einem besonderen, billigeren Satz berechnet. Die Redaktion ist für die Rücksendung von Briefen nicht verantwortlich.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 204 — 94. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 2. September 1935

Atmenraum für Deutschland.

Was dem einen recht, ist dem anderen billig. In der englischen Öffentlichkeit, die immer schon ein keines politisches Fingerzeigefühl bewiesen hat, fängt man an, sich darüber klarzuwerden, welche politischen Folgen der Angriff Italiens auf Abessinien nach sich zu ziehen vermag. Mussolini begründet seinen kolonialen Anspruch auf das Regnum durch die Überbevölkerung Italiens, und so sagt man sich in der englischen Presse, daß es angesichts der Überbevölkerung in Mitteleuropa dann auch recht und billig wäre, Deutschland seine einstigen überseeischen Besitzungen zurückzugeben, da auch Deutschland Atmenraum für sein überbevölkertes Gebiet braucht. Vor dem Kriege besaß Deutschlands Kolonialreich eine Ausdehnung von mehr als einer Million Quadratkilometern. Deutschlands überseeische Besitzungen bildeten ein wertvolles Siedlungsland für seine überschüssige Bevölkerung, und von seinen Kolonien bezog Deutschland über 50 Prozent seiner eingeführten Rohstoffe. Doch das nur kurz zur Unterstreichend der Bedeutung unserer ehemaligen Kolonien!

Der Aufrollung der Kolonialfrage in der englischen Presse kommt zugute, daß das deutsch-englische Verhältnis seit der Unterzeichnung des Flottenabkommens sich freundlicher gestaltet hat und mehr und mehr in England eingeschätzt wird, daß der Schlüssel zum britischen Politik die Freundschaft mit Deutschland sein sollte. Die „Daily Mail“ war die englische Zeitung, die die Kolonialfrage zuerst in der englischen Öffentlichkeit dieser Tage aufrollte. Sie schrieb:

Das Flottenabkommen war ein größerer Schritt zur Befriedigung der berechtigten Wünsche Deutschlands als je zuvor. Jetzt bleibt noch die Frage der Kolonien übrig, die Deutschland durch den Vertrag von Versailles genommen wurden. Die Zeit rückt schneller heran, wo diese Angelegenheit im Interesse des Weltfriedens ein und für allemal geregelt werden muß. Deutschland hat sein Recht durchgesetzt, als gleichberechtigt unter den Nationen anerkannt zu werden, und es hat auch einen guten Grund zu haben, um seinen Anspruch auf Berücksichtigung von kolonialen Gebieten zu behaupten. Die britische Regierung könnte sehr wohl erwidern, ob es nicht klug sein würde, die gegenwärtig unter britischem Mandat befindlichen Gebiete an Deutschland zu übertragen. Was die Dominienmandate anbetrifft, so muß die Frage der Übertragung von den Dominien selbst entschieden werden. Eines ist sicher: es ist unmöglich, eine Nation von 66 Millionen hängen an ein Gebiet von 181.000 Quadratkilometern in der Mitte Europas zu beschränken. Deutschland braucht Atmenraum für sein überbevölkertes Gebiet.

Früher war hier und dort schon öfter einmal die Frage der deutschen Kolonien angeschnitten worden. Es blieben aber Einzelstimmen, die fast ungehört verhallten. Diesmal blieb es nicht bei dem Rufe der „Daily Mail“. „Callin Brooks“ behandelte in der großen Londoner Zeitung „Sunday Dispatch“ ebenfalls eifrig die Frage der deutschen Kolonien. Er erklärte:

„Wenig werden heute noch den Verfasser Friedensverträge als ein Denkmal der Gerechtigkeit und der Ehre verehren. Einem Waffenstillstand, der angenommen wurde unter der Voraussetzung, daß die deutschen Kolonien nicht konfiszieren würden, folgte ein auswegloser Vertrag, der Deutschland jener Kolonien beraubte. 15 Jahre später treibt Deutschland den Mangel an überseeischen Besitzungen und die Notwendigkeit von Absatzmärkten dazu, die Rückgabe seiner Besitzungen zu verlangen. Der britische Außenminister hat sein Recht auf Ausdehnung Mißbilligung zugegeben. Seine Forderung, wie es sie sieht, ist einseitig auf Gerechtigkeit und Gleichberechtigung begründet, nicht weniger als auf einer unumgänglichen Zweckmäßigkeit. Eine Verweigerung wird die schwersten Folgen haben. Sie wird eine Lage betreffen, die für Großbritannien bedrohlicher ist als die ungeschickte behandelte italienische Lage.“

Nicht genug damit. Die bedeutendste englische Zeitung, „Morning Post“, das Blatt der englischen Diebstahls, des rechten Flügels der englischen Konservativen, folgte mit der Erklärung:

„Aus dem letzten halben Jahrhundert könnten mehrere Beispiele jener Art Außenpolitik zitiert werden, die durch eine Methode fortwährender Einküchener Vorteile für sich herauszuschlagen versucht. Hoffentlich abt sich kein Land der Täuschung hin, daß das britische Volk, weil es seit dem Kriege für die Sache des Friedens viele Opfer gebracht hat, bereit ist, auf unbestimmte Zeit diese Last zu erdulden. Besonders in Großbritannien wird die Tatsache gewürdigt, daß die Friedensregelung eine Ordnung der Dinge hinterlassen hat, die in vielerlei Hinsicht nicht dauernd sein kann und sollte. Rücksichtslos auf dem Status quo bestehen, würde früher oder später zu dieser Katastrophe führen. Länder, die Beschwerden vorzubringen haben, können versichert sein, daß bei nünftigen Abänderungsvorschlägen vom britischen Reich in großzügigem und entgegenkommendem Geiste erwogen werden würden. In dieser Beziehung ist fürzlich in verschiedenen Kreisen angeregt worden, daß die Revision der Völkerbundsmandate rechtzeitig erwogen werden sollte. Wenn wir uns mit einem solchen Gedanken beschäftigen, muß verhindert werden, daß hieraus eine falsche Auffassung entsteht. Nichts könnte gefährlicher sein als der Verdacht, daß wir unter Zwang handeln.“

Mussolini pocht auf Italiens Wehrmacht

Im September Einziehung von weiteren 200.000 Mann. Höchste Effektivstärke für die italienische Streitmacht.

Bei dem italienischen Alpenmanöver sprach der Duce im Namen des Königs den Offizieren und den Soldaten seine Anerkennung für die während der Manöver gezeigte Widerstandskraft, Haltung und Disziplin aus und fügte als Minister der bewaffneten Macht seine Anerkennung hinzu. Mussolini erklärte weiterhin, in anderen Zeiten seien die einberufenen Reservisten nach den Manövern entlassen worden, doch das geschehe in diesem Jahre nicht. Im September würden noch 200.000 Mann eingezogen, so daß die italienische Wehrmacht die vorgesehene Zahl von einer Million Mann unter den Waffen haben werde. Die Welt solle wissen, daß, wenn weiterhin in rüchiger und provokatorischer Weise von Sanktionen gesprochen werde, Italien auf keinen Soldaten, keinen Matrosen und keinen Krieger verzichte, sondern seine Streitmacht auf die höchste Effektivstärke bringen werde.

Mussolini verabschiedete sich dann von den ausländischen Offizieren und den ausländischen Pressevertretern. Er dankte den ausländischen Journalisten für die objektiven und ruhigen Berichte, die sie ihren Zeitungen zugesandt hätten und die er genau verfolgt habe. Er erklärte, er hoffe, die ausländischen Pressevertreter würden in dauernder Erinnerung behalten, daß das gesamte italienische Volk ohne Ausnahme die Fahnenzeichen des Faschismus geschätzt sei.

Die Verpachtung der abessinischen Bodenschätze.

Der Sonderkorrespondent der Londoner „News Chronicle“ in Addis Abeba meldet, daß der Kaiser am Freitag einer englisch-amerikanischen Gesellschaft mit dem Sitz in London eine bedeutungsvolle Konzession zur Ausbeutung der Mineral- und Petroleumschätze Abessiniens gewährt habe. Die Konzession, bei der es sich um viele Millionen Pfund Sterling handelt, bezieht sich auf die Ausbeutung der Bodenschätze von Gebietsteilen, zu denen auch das feldliche Kharar an der Grenze der Ogaden-Wüste gehören sollte.

Die Vereinbarung sei, so berichtet „News Chronicle“, von einem Engländer namens G. W. Riddett aus London abgeschlossen worden. Er habe sich acht Tage in Addis Abeba aufgehalten, in dieser Zeit solle die Verhandlungen Tag und Nacht

in einem Regierungsgebäude geführt worden sein. Riddett sei in der Nacht zum Freitag von einem Beamten aus dem Bett geholt und in einem Kraftwagen zum Palast gefahren worden, wo nach einer abschließenden Besprechung mit dem Kaiser die Unterschrift bei Tagesanbruch vollzogen worden sei. Hierauf sei Riddett sofort über Djibouti nach London abgereist.

Von zuverlässiger Seite verlautet, daß dem Kaiser kürzlich vorgeschlagen worden sei, das Petroleumgebiet von Assala an Italien gegen Bezahlung abzutreten. Aus diesem Angebot sei aber nichts geworden.

Es handle sich, so schreibt der Korrespondent, um das wichtigste und weittragendste Ereignis in der Geschichte Abessiniens. Es sei beabsichtigt,

die Petroleumfelder durch den Bau einer ungefähr 500 Kilometer langen Rohrleitung mit Gelubia und von dort aus mit einem Hafen am Roten Meer zu verbinden.

Der größte Teil des erforderlichen Kapitals von ungefähr 10 Millionen Pfund Sterling werde in New York aufgebracht werden. Man rechnet damit, daß bereits in den nächsten Wochen Bohrlochverständige in Abessinien eintreffen werden, um die ersten Untersuchungen anzustellen. Es sei anzunehmen, daß die Einnahmen Abessiniens aus dieser Konzession in den nächsten vier oder fünf Jahren auf etwa 3 Millionen Pfund Sterling sich belaufen dürften.

In wenigen Tagen drei bedeutende englische Stimmen zur Frage der Mandate und Kolonien. Man möge sie nicht über-, aber auch nicht unterschätzen. Großbritannien mit seinem riesigen Weltreich von mehr als 13 Millionen Quadratkilometern sollte als letztes Land die Wünsche eines Volkes nicht überseeischen Besitzungen verhindern, wenn damit dem Frieden Europas und der Welt gedient werden kann.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph“ in Addis Abeba, Sir Percival Phillips weiß weiter zu berichten, daß

noch andere Verhandlungen von noch größerer Bedeutung für England im Gange sind,

die die Stellung der Wasser des Tanasees, der Quelle des Blauen Nils, betreffen. Hierfür soll ein Syndikat gebildet werden, an dem Abessinien, der Sudan und Ägypten mit insgesamt 10 Millionen Pfund beteiligt werden sollen. Das Kapital soll in London undairo aufgebracht werden. Die Vorschläge gehen dahin, einen Staudamm und Pumpstationen anzulegen, die für den Sudan und Ägypten nicht nur für immer eine gleichmäßige geregelte Wasserzufuhr gewährleisten, sondern auch die Kultivierung von Tausenden von Quadratkilometern jetzt noch unfruchtbaren Landes ermöglichen würden. Die abessinische Regierung sieht in diesen Vorschlägen die beste Lösung des Tanaseeproblems.

Riddett ohne englischen Auftrag?

Die englische Nachrichtenagentur „Press Association“ meldet, daß in britischen amtlichen Kreisen von der Vergebung von Konzessionen an britische und amerikanische Interessenten nichts bekannt sei. So lange eine amtliche Befähigung in London nicht eingetroffen sei, sei man nicht geneigt, der Angelegenheit eine unangemessene Bedeutung beizulegen. Die Regierung habe nicht einmal davon Kenntnis gehabt, daß Verhandlungen geführt wurden. Ferner werde erklärt, daß der Unterhändler Riddett weder amtliche noch nichtamtliche Unterstützung von der britischen Regierung erhalte.

In einer Erklärung des Foreign Office, des englischen Auswärtigen Amtes, wurde erklärt, daß der britische Gesandte in Addis Abeba ermächtigt worden ist, für den Fall, daß der Bericht über die Erteilung der Konzessionen richtig ist, dem abessinischen Kaiser mitzuteilen, daß die britische Regierung ihm rate, die Konzession vorläufig nicht zu erteilen.

Abwartende Haltung der USA.-Regierung.

Im amerikanischen Staatsdepartement lehnt man nach Meldungen aus Washington jede Äußerung zu der von Abessinien an englisch-amerikanische Interessenten erteilten Öl- und Erzkonzessionen bis zum Eintreffen einer Befähigung aus Addis Abeba ab. In internationalen Beobachterkreisen befürchtet man, daß der Vertragsabschluss zu diplomatischen Schwierigkeiten führen könne, glaubt jedoch nicht, daß Amerika dadurch in die augenblickliche Abessinienkrise hineingezogen werden würde. Der Senator Vora h, dessen Stimme in außenpolitischen Fragen stark beachtet wird, drückt die Ansicht aus, daß der Erwerb einer derartigen Konzession durch amerikanische Staatsbürger die Politik der Neutralität der Vereinigten Staaten nicht ändern würde.

Staatssekretär des Äußern, Hull, teilte in einer Pressekonferenz mit, daß die amerikanische Gesandtschaft in Addis Abeba den Abschluß eines riesigen Öl- und Ausbeutungsvertrages für englisch-amerikanische Interessen telegraphisch bestätigt habe. Auf die Frage, ob die amerikanische Regierung nicht vorher zu Rate gezogen worden sei, antwortete der Staatssekretär, daß sei unter der Regierung Roosevelt nicht üblich. Er fürchte daher keinerlei Hineinziehung der amerikanischen Regierung in Streitfragen, die sich aus diesem Vertrage etwa ergeben könnten.

Größtes Aufsehen in Paris.

Die Meldung, daß der Regus einem englischen Konsortium und der amerikanischen Standard Oilgesellschaft Konzessionen zur Ausbeutung eines großen Teiles seines Reiches abgetreten habe, rief in der Pariser Öffentlichkeit größtes Aufsehen hervor. In unterrichteten Kreisen betrachtet man diesen abessinischen Schachzug, wenn er sich bewahrheiten sollte, als ein Ereignis von größter Tragweite. Man bemerkt in Paris, daß auf diese Weise ja eigentlich der wirkliche Siegespreis, den Italien bei seinem Feldzug zu erringen hoffe, ihm so schon von anderer Seite aus der Hand gerissen sei. Man fürchtet jedenfalls, daß sich die an sich schon so schwierige internationale Lage durch dieses Ereignis noch schwieriger gestalten könnte.

Italien ist entrüstet.

Der durch die englische Presse bekanntgewordene Abschluß eines Konzessionsvertrages, durch den eine englisch-amerikanische Gesellschaft die wirtschaftliche Ausbeutung Abessiniens gesichert wird, hat in der italienischen Öffentlichkeit eine Entrüstung hervorgerufen. Die Wäuter veröffentlichten in entsprechender Aufmachung ausführlich den Bericht des „Daily Telegraph“.